

Erste Eindrücke von der öffentlichen Sitzung des Kreistages des Landkreises Kaiserslautern, in der über den geplanten Neubau eines US-Hospitals in der Weilerbach Storage Area informiert werden sollte

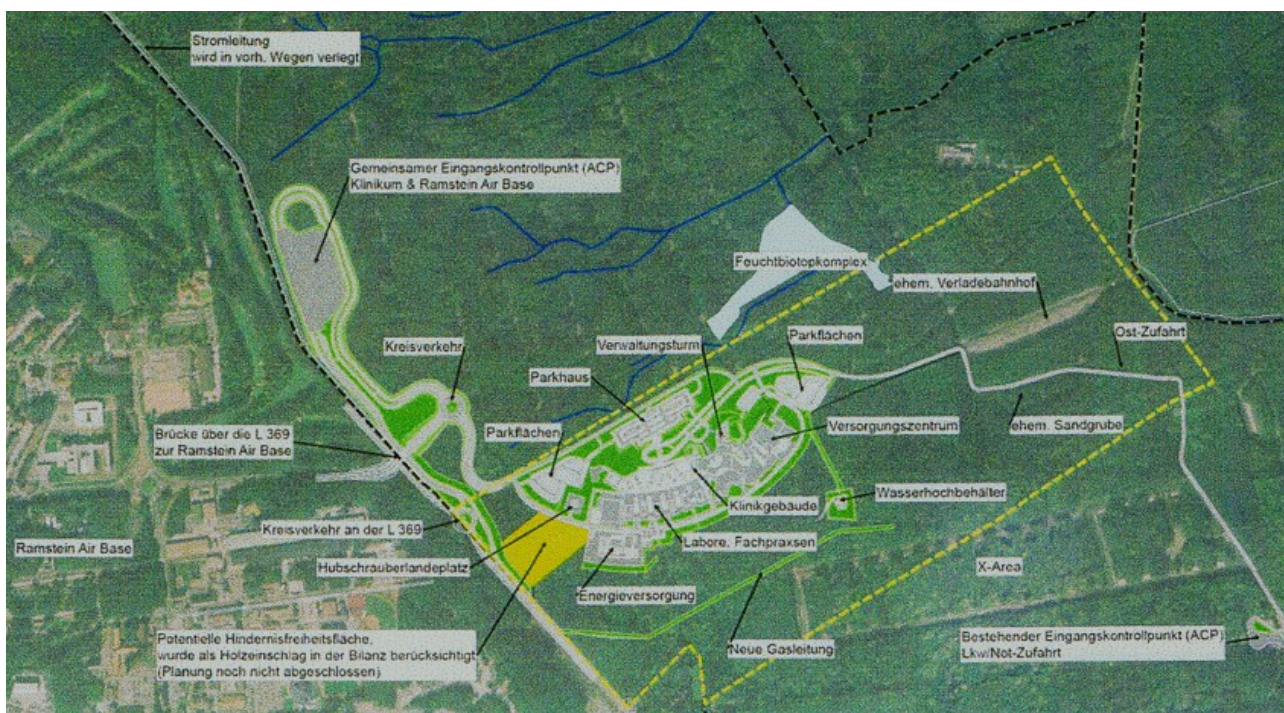
LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 173/12 – 27.09.12

Was der Kreistag des Landkreises Kaiserslautern über den geplanten Neubau eines US-Hospitals erfahren durfte

Eine Informationsveranstaltung, in der wesentliche Fakten verdreht oder einfach ausgelassen wurden – Teil I

Am 24. September 2012 fand endlich die schon lange überfällige öffentliche Kreistagssitzung statt, in der Vertreter von Landes- und Bundesbehörden über den Planungsstand für den Neubau eines US-Hospitals im leergeräumten US-Munitionsdepot Weilerbach, in der Weilerbach Storage Area / WSA, informieren sollten. Trotz der Brisanz des Themas waren nicht alle Kreistagsmitglieder anwesend, und auch das "Interesse der Öffentlichkeit" war eher gering.



Lageskizze zu dem geplanten US-Hospital aus dem Landschaftspflegerischen Begleitplan

Landrat Paul Junker (CDU) wäre es lieber gewesen, wenn das Bundesministerium der Verteidigung / BMVg die Anwendung des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei den anstehenden Rodungsmaßnahmen nicht ausgeschlossen hätte. Diese Verfügung sei unnötig gewesen, da niemand den Neubau eines US-Hospitals ablehne, weil auch alle Bürger einsähen, dass verwundete Soldaten die bestmögliche Pflege bräuchten. Die CDU-Bundestagsabgeordnete Anita Schäfer und Anja Pfeiffer, die CDU-Bürgermeisterin der Verbandsgemeinde Weilerbach, hätten aber dankenswerterweise erreicht, dass die Ergebnisse der bereits vorliegenden Umweltverträglichkeitsstudie zur Einsicht ausgelegt werden dürften; allerdings bleibe den Bürgern weiterhin die Möglichkeit verwehrt, aus Gründen des Natur- und Umweltschutzes Einsprüche gegen das geplante Bauvorhaben

an dem dafür vorgesehenen Ort erheben zu können. (Gegen den Bau der zweiten Startbahn auf der US-Air Base Ramstein waren über 10.000 Einsprüche und mehrere Klagen erhoben worden.)

Peter Degenhardt, der Vorsitzende der CDU-Fraktion, zweifelte die von den US-Stationierungsstreitkräften vorgebrachte Begründung für einen Neubau an; sie behaupten, ein kompletter Neubau sei notwendig, weil sich das bestehende Landstuhl Regional Medical Center / LRMC der US-Army auf dem Kirchberg "in einem desolaten Zustand" befinde und "so schwerwiegende bauliche, technische und funktionale Mängel" aufweise, dass Gefahr für Leib und Leben der Patienten und des Pflegepersonals bestehe (s. dazu auch S. 2 und 6 der Entscheidung des BMVg vom 02.08.12); Degenhardts begründete Zweifel tat sein Parteifreund Junker mit der Bemerkung ab, im Kreistag könne keine politische Grundsatzdiskussion geführt werden. Probleme, die in einer dringend notwendigen, aber auch anderswo nicht geführten Grundsatzdiskussion hätten geklärt werden müssen, haben wir im Zusammenhang mit der Antwort auf eine Kleine Anfrage, die Abgeordnete der Partei DIE LINKE an die Bundesregierung gerichtet haben, unter http://www.luftpост-kl.de/luftpost-archiv/LP_11/LP22611_021211.pdf bereits ausführlich dargestellt.

Als erster der geladenen "Informanten" ergriff Dr. Salvatore Barbaro (SPD), Staatssekretär im Mainzer Finanzministerium und Landeskoordinator für den Neubau des US-Hospitals, das Wort. Die Landesregierung bedauere zwar auch, dass Anwohner keine umweltbezogenen Einsprüche erheben könnten, stehe aber "ohne Wenn und Aber zu dem neuen Klinikum". Dabei handle es sich nicht um eine militärische, sondern um eine die Infrastruktur betreffende Maßnahme, da es nur um die Versorgung von Verwundeten gehe. Das BMVg hoffe die Öffentlichkeit aber gerade deshalb von jeder Mitwirkung ausschließen zu können, weil der Neubau des US-Klinikums Weilerbach nach seiner Meinung "ein Vorhaben der Landesverteidigung" und "zum Erhalt der Verteidigungsbereitschaft der US-Streitkräfte unabdingbar notwendig" ist (S. 4/5 seiner Entscheidung vom 02.08.12). Das neu zu errichtende Klinikum diene "der notwendigen Vollversorgung von Soldaten der US-Streitkräfte, die in Europa, aber auch im Nahen Osten, Afrika und in Teilen Asiens eingesetzt" würden. Bei dem Neubau des US-Hospitals handelt es sich also nach Auffassung des BMVg eindeutig um eine militärisch begründete Maßnahme. Diese Ansicht vertrat auch der dem Kreistag angehörende Bundestagsabgeordnete Alexander Ulrich (DIE LINKE) – mit Unterstützung des CDU-Fraktionsvorsitzenden Degenhardt. Ob die völkerrechts- und verfassungswidrigen US-Angriffskriege in den genannten Weltregionen, aus denen die US-Verwundeten kommen, allerdings etwas mit der Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland zu tun haben, wird das nachträglich für zuständig erklärte, bekannt US-freundliche Verwaltungsgericht Neustadt bei der Verhandlung der eingereichten Klagen prüfen müssen (s. dazu auch http://www.luftpост-kl.de/luftpost-archiv/LP_12/LP14212_090812.pdf). Entweder hat Herr Barbaro die Entscheidung des Bundesministeriums der Verteidigung nicht gelesen, oder er hat den Kreistag und die anwesenden Zuhörer wissentlich falsch informiert.

Winfried Schuch, den der Landesbetrieb Liegenschafts- und Baubetreuung / LBB als Projektleiter und Chef der eigens für den Hospital-Neubau eingerichteten Zweigstelle Landstuhl eingesetzt hat, stellte die Einflussnahme seiner Behörde auf das Planungsverfahren, die aus Umweltschutzgründen zu einer mehrmaligen Verschiebung des Bauplatzes geführt habe, als Erfolg eines Charrette-Verfahrens (s. <http://de.wikipedia.org/wiki/Charrette-Verfahren>) dar. Unter einem solchen Verfahren, das in den USA entwickelt wurde, ist "eine öffentliche Planungsmethode zur Stadt- und Regionalentwicklung mit direkter Beteiligung der Bürger" zu verstehen, bei der "Planer, Unternehmer, Projektentwickler und weitere Entscheidungsträger mit Betroffenen und interessierten Bürgern über ein geplantes Bauvorhaben diskutieren und gemeinsam die Planung vorantreiben". Dieses Verfahren sollte bei dem geplanten Hospital-Neubau in der WSA auf Antrag der US-Stationierungs-

streitkräfte aber ausdrücklich verhindert werden, und das BMVg hat diesen US-Antrag ja auch prompt trotz aller vorgebrachten Bedenken positiv beschieden. Hat Herr Schuch nur deshalb die in diesem Zusammenhang unzutreffende Bezeichnung "Charrette" verwendet, weil er die Anwesenden beeindrucken wollte, oder hat auch er den Kreistag und die Zuhörer wissentlich falsch informiert?

Fast alle Vertreter der Landes- und Bundesbehörden haben so getan, als stehe der Neubau des US-Hospitals bereits unabänderlich fest. Dabei ist zwischen Kongress und Pentagon noch nicht einmal geklärt, wie groß das Militärkrankenhaus werden und was es kosten darf, und ob es wegen der bereits beschlossenen und höchst wahrscheinlich ab Januar 2013 nach der Rasenmäher-Methode umzusetzenden Einsparungen bei den US-Verteidigungsausgaben überhaupt jemals gebaut werden kann. Projektleiter Schuch musste auf Nachfrage einräumen, dass frühestens Mitte 2013 US-Baupläne vorliegen dürften, deren Realisierung genehmigt und deren Finanzierung gesichert ist (s. dazu auch http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_12/LP13812_010812.pdf). Die planerische Hektik, die von deutscher Seite entfaltet wird und schon bald in unumkehrbare Rodungs- und Straßenbauaktionen münden könnte, ist daher völlig unangebracht.

In weiteren LUFTPOST-Ausgaben werden wir uns mit den vorgesehen Eingriffen in die Tier- und Pflanzenwelt, mit der Grundwasserproblematik und mit den umfangreichen flankierenden Straßenbaumaßnahmen befassen.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern